

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
LANDESVERBAND BRANDENBURG

SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Herrn Jens Dobbert  
Präsident der  
Landesapothekerkammer Brandenburg  
Am Buchhorst 18  
14478 Potsdam



20. August 2014

Sehr geehrter Herr Dobbert,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 06. August 2014. Als Vorsitzender der Programmkommission der Brandenburger SPD möchte ich Ihnen gerne antworten. In Ihrem Schreiben stellen Sie ausgehend vom Wahlprogramm der SPD Brandenburg die Leistungen der Apothekerinnen und Apotheker im Land dar. Konkret regen Sie darüber hinaus, die Implementierung eines Studienganges Pharmazie an der Universität Potsdam an.

Alle anderen ostdeutschen Bundesländer sowie Berlin verfügen über einen Studiengang Pharmazie an einer ihrer Hochschulen. Allein am Institut für Pharmazie der Freien Universität Berlin sind derzeit 800 Studierende immatrikuliert – von diesem Angebot profitiert Brandenburg in hohem Maße. Vor diesem Hintergrund würde ein entsprechendes Studienangebot an der Potsdamer Universität zu einer starken Konkurrenzsituation mit dem nahegelegenen Berliner Institut führen. Davon unabhängig sind die Studienangebote kein Garant für die Sicherung des Nachwuchses. So stieg die Zahl der Pharmaziestudierenden zwar bundesweit von 12.000 im Jahr 2009 auf über 14.000 im Jahr 2013 an. Dennoch sind fast alle Bundesländer trotz entsprechender Studienangebote von einem Rückgang der Apothekendichte betroffen.

Mit Blick auf die vorhandenen Voraussetzungen für einen Pharmaziestudiengang an der Universität Potsdam zeigt sich ein durchwachsenes Bild. Zwar existieren mit dem Deutschen Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIfE) und dem Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik (IBMT) mögliche Kooperationspartner. Dennoch wäre eine vollständige Abdeckung der gängigen pharmazeutischen Fachgebiete ohne beachtliche Anstrengungen nicht zu realisieren. Andernfalls wäre nicht sichergestellt, dass ein solcher Studiengang zu einem approbationsfähigen Abschluss führt. Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Berlin einen vielversprechenden Weg, um auch den Brandenburgischen Fachkräftebedarf zu sichern.

Mit herzlichen Grüßen

Klaus Ness Mdl